

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1½ Sgr. für die viergespaltene Zeile oder deren Raum; K l a m m e n verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 3. August. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Oberst-Lieutenant a. D. Grafen Wrischowsky-Sekera von Sebezitz die Kammerherrnwürde zu verleihen.

Dem Historien- und Genre-Maler C. Cretius hieselbst ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Angelommen: Se. Ezz. der General-Lieutenant und General-Inspekteur der Artillerie, von Hahn, von Königsberg i. P.; Se. Ezz. der General-Lieutenant und Inspekteur der technischen Institute der Artillerie, von Runowski, von Danzig; der General-Post-Direktor Schmückert, aus Frankfurt a. M.

Abgereist: Se. Ezz. der Wirkliche Geheime Rath und Chef des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, Freiherr von Mantuffel, nach dem Seebade Norderny; Se. Ezz. der General-Lieutenant und Inspekteur der 1. Ingenieur-Inspektion, von Britzow, nach der Provinz Preußen, nach seiner Rückreise von Stuttgart; der Wirkliche Geheime Legationsrath Philipp Born, nach Rissingen.

Telegraphische Depesche der Posener Zeitung.

London, Montag, 2. August Vormittags. Der Dampfer „Africa“ ist aus Newyork mit 668,246 Dollars an Kontanten und Nachrichten bis zum 21. v. M. eingetroffen. Nach denselben sollen der amerikanische und der britische Gesandte in Mexiko Befehl erhalten haben, Mexiko zu verlassen, sofern das dortige Gouvernement die britischen Gläubiger nicht besser berücksichtige. — In Newyork war Geld etwas gefragter, der Kurs auf London 109½ bis 110. Fonds, Baumwolle und Cerealien waren etwas fester; Tabak war rau. Der „North Star“ war in Newyork eingetroffen.

(Eingeg. 3. August, 7 Uhr Morgens.)

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 2. August.) [Vom Hofe; frecher Diebstahl.] Der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm kamen heute Nachmittag zu Wagen vom Schlosse Babelsberg nach Berlin und stiegen im hiesigen Schlosse ab. Morgen Vormittag wollen die hohen Personen nach Charlottenburg fahren, und daselbst, weil es der Geburtstag des hochseligen Königs ist, das Mausoleum besuchen und dort Kränze niederlegen. Hierauf kehren H. R. R. Hoheiten auf demselben Wege nach Potsdam zurück. Von der Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin ist die Nachricht hier eingegangen, daß sie während der Anwesenheit der Königin Victoria nicht an unsern Hof kommt; die hohe Frau geht vielmehr schon am 8. d. ins Seebad Doberan, will aber am 12. nochmals von dort nach Ludwigslust kommen, um daselbst ihre beiden Kinder, den Herzog Wilhelm, der sich bekanntlich längere Zeit auf Reisen befunden hat, und die Prinzessin von Windischgrätz, zu empfangen. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin begibt sich schon in diesen Tagen nach Doberan, weil daselbst am 5., 6. und 7. das Pferderennen abgehalten wird. — Der Prinz August von Württemberg, Kommandeur des Gardekorps, ließ heute Vormittag die Potsdamer Garnison mandirciren, und nahmen auch Prinz Friedrich Wilhelm und andre fürstliche Personen daran Theil. — Ein höchst frecher Betrug und Diebstahl beschäftigt augenblicklich unsere ganze Stadt und vorzugsweise unsere Post und Postkammer. Folgendes habe ich darüber erfahren: Schon in Breslau, bei Abgang des Kurierzuges, präsentirt sich dem Postbeamten, welcher den Zug begleitet, ein Mann in der Uniform eines Postinspektors und giebt vor, vom General-Postamte den außerordentlichen Auftrag erhalten zu haben, diese Strecke von Breslau nach Berlin einmal gründlich zu revidiren. Der Postbeamte setzt keinen Argwohn in diese Angabe und die Revision geht vor sich; ja sogar der Postdirektor (?), welcher diese Strecke zu kontroliren hat, und von Frankfurt aus den Zug benutzt, läßt sich täuschen. An vielen Briefbeuteln, die mit Geld beschwerte Briefe enthielten, hatte natürlich der „Postinspektor“ über schlechte und vorchriftswidrige Verpackung und Verriegelung zu klagen und veranlaßte, daß diese Beutel in einen größern Sack gesteckt wurden. Bei der heute früh hier erfolgten Ankunft des Zuges läßt sich der „Postinspektor“ seine Reiseeffekten und den Sack mit den Beuteln, welche die Geldbriefe enthielten, von einem Postkondukteur nach einer Droschke tragen und fordert den Postbeamten auf, um 8 Uhr Morgens nach dem General-Postamte zu kommen, wo er ihn vorfinden würde. Der Letztere findet sich ein, hört aber zu seinem Schreck, daß kein Geldsack abgegeben und auch kein Postinspektor mit einer Revision beauftragt worden sei. Zufällig hatte der Postkondukteur sich die Nummer der Droschke gemerkt und nun setzte die Kriminalpolizei den Telegraphen nach dem Führer derselben in Bewegung. Bald wußte man, daß der „Postinspektor“ mit seinem Raube nach dem Landhause in der Mittelstraße gefahren sei, dort ein Lohnfuhrwerk genommen und vorgegeben habe, nach Lübben fahren zu müssen. Im Gasthose fand sich auch noch sein Degen vor. Unsere Kriminalpolizei setzt Alles daran, um den frechen Dieb einzuholen, da es sich um sehr bedeutende Summen handeln soll. Daß er nicht nach Lübben gefahren ist, darf wohl als sicher angenommen werden, aber auch unsere Eisenbahnen dürfte er nicht zur Flucht benutzt haben. Man glaubt ihm schon sehr auf der Spur zu sein; wenigstens weiß man bereits, daß man es mit einem ehemaligen Postbeamten zu thun hat. Unmöglich hätte er auch sonst das im Zuge befindliche Postpersonal so fürchterlich dupiren kön-

nen. Ein hiesiges Blatt will zwar wissen, daß der Dieb bereits in Köthen eingekerkert worden sei, doch höre ich, daß der Telegraph diese Nachricht in keiner Weise bestätigt hat. Allerdings soll Jemand mit einem Sack auf dieser Bahn gestern abgereist sein, doch sollen sich in demselben nur Depeschen vorgefunden haben. — Der Generalpostdirektor Schmückert ist heute Morgen aus dem Kurorte Gastein hierher zurückgekehrt.

[Aus Tegernsee] liegen Nachrichten bis zum 30. Juli vor. Fortgesetzt und mit nur geringen Unterbrechungen, hält das Regenwetter noch an und den kämpfenden Sonnenstrahlen will es nicht gelingen, durch die dichten Nebelwolken zu dringen, die Berg und Thal düster umschlungen halten. Trotz dieser unfreundlichen Witterung setzen Se. Maj. der König von Preußen die Fußpromenaden fort. Gestern Nachmittag ließen Allerhöchstdieselben sich, begleitet von dem Flügeladjutanten, Major v. Trestow, und einem Leibjäger, von der Uebersichtsstelle am Kleinen Paraplu auf dem See nach Dorf Egern übersetzen. Drei Landleute, welche gleichfalls herangefahren waren, um denselben Kahn zur Ueberrfahrt zu benutzen, traten sogleich ehrfurchtsvoll zurück, als sie Se. Majestät erkennen, wurden aber in herablassender Weise von Allerhöchstdieselben mit dem Zuruf: „Zimmer herein, lieben Leute!“ zur Mitfahrt aufgefordert, und nahmen denn auch unbedenkten Hauptes, was Se. Majestät jedoch nicht zuließ, im Kahne Platz. Lange noch, als Se. Majestät das Fahrzeug verlassen hatte, blickten die schlichten Landleute dem Allerhöchstdignsten Herrn nach, und konnten höchst erfreut den Nachbarn nicht genug von der ihnen wiederfahrenen hohen Ehre erzählen. Viele solche Beweise der Wohlthätigkeit und Herablassung werden hier vielfach von Sr. Majestät im Publikum erzählt und die Verehrung für den König, so wie der Wunsch, es möge Allerhöchstdieselbe in voller Genesung von Tegernsee heimkehren, ist allgemein. Se. Majestät machten nach der Ueberrfahrt von Egern den weitem Fußweg über Rottach nach Tegernsee zurück und haben heute nächst der Morgenpromenade Nachmittag die Bergpartie nach dem sogenannten großen Paraplu zu Fuß zurückgelegt. Heute Nachmittag ist der k. russ. Militärbevollmächtigte für Preußen, Graf v. Adlerberg, nebst Gemahlin, auf seiner Rückreise von Marienbad über München hier angekommen. Nachdem dieselben bei Sr. K. H. dem Prinzen Karl von Bayern in Schloß Tegernsee dinirt hatten, setzten dieselben die Weiterreise nach dem Seebad Norderny fort.

[Obertribunals-Entscheidungen.] Ueber die Verpflichtungen der Eisenbahngesellschaften zum Ersatz des durch die Eisenbahn verursachten Schadens sind vom k. Obertribunale vor einiger Zeit zwei Erkenntnisse ergangen, welche die aufgeworfenen Zweifel nach zwei Richtungen hin erledigen. Im ersten Falle handelte es sich um eine Privat-Eisenbahngesellschaft. Dieselbe ließ Behufs der Ueberbrückung eines Flusses für den Schienenweg eine Verpflanzung anlegen. Auf diese Verpflanzung gerieth ein mit Steinkohlen befrachteter Kahn, schüttelte, ging unter und der Steuermann stand in den Fluthen seines Todes. Der Eigentümer des Rahnes, zugleich Vater des Steuermannes, klagte gegen die Eisenbahngesellschaft auf Schadenersatz, indem er behauptete, daß dieselbe die Schuld dieses Ereignisses trage, weil sie weder den Bau der Brücke durch öffentliche Bekanntmachung zur Kenntniß des Schiffsahrt treibenden Publikums gebracht, noch durch Aufstellung von Signalflaggen das richtige Fahrwasser bezeichnet habe, damit die Führer der Fahrzeuge die nicht sichtbaren Pfähle im Wasser vermeiden könnten. Der Kläger berechnete seinen Schaden einschließlich des Begräbnisses seines Sohnes auf 1242 Thlr. und beantragte die Verurtheilung der Gesellschaft zur Zahlung derselben. Die verklagte Gesellschaft machte den Einwand, daß das Verleben ihrem Sachverständigen anheimfalle und daß sie für das Verleben desselben nicht aufkommen könne. Dieser Einwand wurde vom ersten Richter anerkannt und der Kläger deshalb abgewiesen, auf seine Appellation verwarf der zweite Richter den Einwand jedoch und verurtheilte die Gesellschaft zum Erlaß des in einem besondern Verfahren zu ermittelnden Schadens. Die verklagte Gesellschaft legte die Revision ein, dieselbe wurde jedoch vom k. Obertribunale zurückgewiesen, weil §. 14 des Eisenbahngesetzes die Gesellschaft zur Einrichtung und Unterhaltung aller von der Regierung für nothwendig befundenen Anlagen verpflichte, §. 25 ibid. den Eisenbahngesellschaften die Verpflichtung zum Schadenersatz auferlege, woraus sich ergebe, daß die Gesellschaft als solche zur Verantwortung gezogen werden könne und müsse. — In dem zweiten Falle wurde ein Arzt bei seiner Rückfahrt von einem Krankenbesuche außerhalb seines Wohnortes durch Zusammenstoß zweier Züge dergestalt beschädigt, daß er, da ihm die Gasse gequert wurden, genöthigt war, 26 Tage lang das Bett resp. das Zimmer zu hüten. Die Eisenbahngesellschaft hatte sich bereit erklärt, die Kurkosten zu ersetzen, der Arzt war indessen hiermit nicht zufrieden, schätzte seinen Schaden, da er verhinbert war, seine Praxis auszuüben, auf 3 Thlr. täglich und verlangte auch diese von der Direktion erstattet. Er stützte diesen Antrag auf §. 25 des Eisenbahngesetzes, welcher die Eisenbahngesellschaften für allen Schaden, welcher bei der Beförderung auf der Bahn an den durch dieselbe betroffenen Personen entsteht, verpflichtet. Die Eisenbahnverwaltung, eine königliche, hielt sich hierzu nicht verpflichtet, weil das Eisenbahngesetz nur auf Privatgesellschaften Anwendung finden könne. Der erste Richter verwarf diesen Einwand, der zweite Richter adoptirte ihn indessen als richtig und erkannte auf Abweisung des Klägers. Der Kläger legte gegen diese zweite Entscheidung die Nichtigkeitsbeschwerde ein und das k. Obertribunal hat dieselbe für begründet erachtet, indem es ausführte, daß das Eisenbahngesetz nicht bloß eine Verordnung für Privatgesellschaften sei, sondern sich objektiv und allgemein als ein Gesetz über Eisenbahn-Unternehmungen anknüpfe. — Die neueste Nummer des „Justiz-Ministerialblattes“ enthält eine Verfügung des Justizministers vom 14. Juli, wodurch die Gerichte und Ober-Staatsanwaltschaften darauf aufmerksam gemacht werden, daß Beschwerden gegen Verfügungen des Appellationsgerichts, durch welche der eingelegte Rekurs in Untersuchungs-sachen zurückgewiesen wird, eben so behandelt werden müssen, wie Nichtigkeitsbeschwerden, daß sie daher bei dem Gericht erster Instanz einzureichen sind, und daß dann eben so vorzugehen werden muß, wie dies für den Fall der Nichtigkeitsbeschwerde vorgezeichnet ist; ferner ein Erkenntniß des Obertribunals, wonach es unzulässig ist, die Verabstimmung einer prozessualischen Maßregel nach Publikation des Urtheils noch selbständig im Wege der Beschwerde zu rügen, vielmehr kann ein solcher Verstoß dann nur noch durch Einlegung des zulässigen Rechtsmittels zum Gegenstande eines Antrages gemacht werden. — Der Reichs Hof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte hat vor Kurzem in einer Prozeßsache entschieden, daß den Erben eines Kassenbeamten bei begangenen Defekten gegen die von der vorgesetzten Verwaltungsbehörde angeordnete Beschlagnahme des nachgelassenen Vermögens der

Rechtsweg eben so wenig wie dem Kassenbeamten selbst zusteht, und daß die Erben nur dann vor Gericht klagen können, wenn etwa ihre eignen Sachen mit Arrest belegt sein sollten.

[Ein Erlaß für Viehfutter.] Das Landesökonomiekollegium macht im „St. A.“ bei dem zu befürchtenden Mangel an Futtermitteln für das Vieh die Landwirthschaft darauf aufmerksam, daß die Fütterung mit getrocknetem Laube in manchen Gegenden, wo es an dazu geeigneten Holzarten nicht fehlt, eine erwünschte Aushilfe gewähren kann. Zu diesem Zweck wird eine Darstellung der Bereitung, Verwendung und Nuzbarkeit des Laubfutters von dem Präsidenten des schlesischen landwirthschaftlichen Centralvereins, Grafen von Burghaus, mitgetheilt. Derselbe lautet:

„Da in hiesiger Gegend die Sitte ziemlich allgemein verbreitet ist, Laubfutter für die Schafe bereiten zu lassen und namentlich diese Sitte sich auf meinen eignen Gütern, sehr zum Nachtheil der Natur Schönheit, seit undenklichen Zeiten dergestalt eingebürgert und mit so gutem Erfolge für das Gedeihen und die Gesundheit der Schafe bewährt, daß, obgleich immer verlegt durch den Anblick der kahlgelassenen Bäume, ich mich doch nicht habe entschließen können, diese Operation einzustellen, so sehe ich mich veranlaßt, einige Details über die Gewinnung des Laubfutters auf Grund der Aufforderung eines sehr verehrlichen Landesökonomiekollegiums vom 14. d. M. anzugeben. Ich muß vorausschicken, daß hier und in der Umgegend, wo regelmäßig Laubfutter bereitet wird, Eichen, Linden, Erlen und Pappeln an Wegen, Dämmen, Gräben und Buschrändern ein für alle Mal die Bestimmung zum Laubmachen haben und in einen 2-jährigen Turnus eingetheilt sind. Sobald der Johannisstich in dem Baumwuchs vorüber ist, beginnen die Schäferknechte in den Morgenstunden, wo die Schafe noch nicht ausgetrieben werden können, die Arbeit des Laubmachens. Sie haken die Bäume kahl bis zum äußersten Wipfel, welcher unversehrt bleiben muß, und weil eben diese Bäume nur 2-jährige Triebe haben, können alle Äste herunter gehauen werden. Diese werden nun mit Strohscheiteln oder Weidenruthen in kleine Bündel von ca. 6—7 Zoll Durchmesser zusammengebunden und, mit dem Laub nach oben, an den Stamm des Baumes zum Trocknen aufgestellt. Diese Arbeit kann bis Ende August fortgesetzt werden. Sobald das Laub an den aufgestellten Gebäuden genügend abgetrocknet ist, wird es heringefahren und auf die Schafställe gebracht oder bei größerer Menge in Schieber, die Holzenden nach Außen, zusammengelegt. Bei dem Verbrauch desselben im Winter ersetzt ein solches Laubfutter in vollem Maße ein Fuder Heu und ist, vorausgesetzt, daß das Laub gut aufgebracht ist, der Gesundheit der Schafe außerordentlich zuträglich; namentlich verzehren die Schafe das Laub von Eichen am liebsten. Das Laub von Erlen wird als ein Mittel gegen die Gelfrankheit betrachtet. Das Laub von Pappeln wird am wenigsten werth gehalten. — Die Schäfer ziehen gutes Laub dem Heu vor. In diesem Jahre nun, wo die Dürre nur wenig Heufutter für die Schafe hat ausbringen lassen und für die übrigen Futtermittel exorbitant hohe Preise gefordert werden, wird nicht allein bei mir, sondern in der ganzen Umgegend zu einer umfangreicheren Werbung von Laubfutter dadurch geschritten, daß aus den lebendigen Hauen, die künftigen Herbst zum Abtrieb kommen sollen, alle schwächeren Äste und Seitentriebe von Eichen, Linden, Erlen und Pappeln herausgehauen und in Gebinden an den Rändern der Hae oder auf Brachen in der Art und in halben Feldmandeln aufgestellt werden, wie dies beim Getreide geschieht, welches man in sogenannten Stiegen stellt. Die Bereitung dieses Laubholzes ist allerdings mühsamer und es werden pro Schock hier bei mir 5 Sgr. Arbeitslohn bezahlt; gut bestandene Hae, die größtentheils aus Eichen und Linden bestehen, geben aber auch eine große Masse dieses Laubholzes, so daß in dem einen Hae meiner hiesigen lebendigen Wälder wohl 10 Schock pr. Morgen werden gewonnen werden, während die nützlicheren Stangen des Haaes alle stehen bleiben und für den Herbst einen bequemen und lohnenden Abtrieb geben. Die Bereitung solchen Laubholzes aus den im nächsten Herbst abzutreibenden Laubholzschnitten kann demnach mit voller Ueberzeugung bei der vorherrschenden Futternoth angelegentlich empfohlen werden.“

Die „Sp. 3.“ bemerkt hierzu noch Folgendes: „Der von amtlicher Seite ertheilte Rath über die Benutzung getrockneten Laubes als Winterfutter für Schafe verdient überall Nachahmung, wo die Verwendung dieses Futters noch nicht bekannt ist. Wir können aus unserer landwirthschaftlichen Praxis hinzufügen, daß wir dasselbe mit bestem Erfolg angewandt haben. Nur möchte zu bemerken sein, daß gerade die beiden besten Laubarten in dem Berichte nicht erwähnt sind. Das nahrungsreichste und gesundeste Laub ist das des Eschenbaumes (fraxinus) in allen seinen Arten. Demnach folgt das Laub der Rüster (ulmus). Ref. hat beide Laubarten den Lämmern vorlegen lassen und machte bald die Erfahrung, daß die jungen Thiere dabei ebenso gut gediehen, als früher, wenn sie neben sonst gutem Heu noch Hafer bekamen. Die vom Hrn. v. Burghaus genannten Laubarten lassen sich aber auch verwenden; man würde indessen wohl thun, sie älteren Thieren verabreichen zu lassen. Nur sehe man darauf, daß das Laub einmal nicht zu spät von den Bäumen abgenommen wird, daß es gut trocken wird, und dann bewahre man es so auf, daß es nicht schimmelt, was sehr leicht geschehen kann, wenn es über Ställen und ausdünstenden Thieren liegt. Sonst können sich die Schafe den Tod davon holen. Ueberdies ist es nicht immer nöthig, auch nicht unter allen Umständen thunlich, zur Gewinnung des Laubes Zweige von den Bäumen zu hauen. Es kann von diesen auch abgestreift und dann getrocknet und in sonst nicht mehr brauchbaren Säcken u. dgl. aufbewahrt werden.“

[Gymnasial-Abiturienten.] Im Jahre 1857 gingen von den preussischen Gymnasien Abiturienten ab: In der Provinz Brandenburg 231, darunter 11 Extraneeer, in Preußen 249 und 4 G., Pommern 99 und 14 G., Schlesten 355 und 4 G., Posen 137 und 3 G., Sachsen 253 und 8 G., Westphalen 210 und 26 G., Rheinprovinz 334 und 11 Extraneeer. Unter 17 Jahren waren dabei in Brandenburg 4, Preußen 2, Pommern 4, Schlesten 3, Posen und Sachsen keiner, Westphalen 2, Rheinprovinz 2. Ueber 21 Jahre waren: In Brandenburg 47, Preußen 83, Pommern 10, Schlesten 69, Posen 25, Sachsen 59, Westphalen 101, Rheinprovinz 110. Es traten zurück, wurden zurückgewiesen oder für unreif erklärt: In Brandenburg, 43 Abiturienten und 13 Extraneeer, Preußen 78 Ab. und 2 G., Pommern 22 Ab. und 5 G., Schlesten 118 Ab. und 3 G., Posen 57 Ab. und 3 G., Sachsen 22 Ab. und 3 G., Westphalen 32 Ab. und 15 G., Rheinprovinz 16 Ab. und 7 G. Es wurden demnach im Ganzen 1949 Abiturienten für reif erklärt und 439, d. h. etwas mehr als der vierte, in Posen und Schlesten sogar der dritte Theil, für unreif erklärt. Fast eben so viel in Preußen. Die Zahl der Abiturienten unter 17 Jahren betrug etwa den 114. Theil der Gesamtzahl, hingegen war mehr als der vierte Theil über 21 Jahre alt.

[Alterthums- und Geschichtsvereine.] Der Verwaltungsausschuß des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Alterthumsvereine macht bekannt, daß die allgemeine Versammlung des Gesamtvereins, welche, in Uebereinstimmung mit einem Beschlusse der Versammlung in Augsburg, in diesem Jahre in Berlin stattfinden wird, auf die Tage vom 15. — 18. September festgesetzt worden sei. Sämmtliche deutsche Geschichts- und Alterthumsvereine, so wie die dem Gesamtverein angehörigen archäologischen Gesellschaften und historischen Vereine in Belgien und in der Schweiz, werden von dem Verwaltungsausschuße eingeladen, sich sowohl durch besondere Bevollmächtigte, als auch durch fernere Mitglieder bei der in Berlin abzuhaltenden Versammlung zahlreich zu betheiligen. Eine gleiche Einladung ergeht an alle für deutsche Geschichts- und Alterthumskunde wirkenden Gelehrten, Künstler und Kunstfreunde. Auch Gelehrte und Künstler anderer Länder dürfen sich, wie der Verwaltungsausschuß hervorhebt, einer freundlichen Aufnahme in der Versammlung versichert halten.

[Zur Warnung.] Ueber die schrecklichen Folgen, welche daraus entstehen, wenn Fleisch von mit Brandigem Vieh gegessen wird, schreibt man der „Elberfelder Zeitung“ aus Herzogenbusch: In der Gemeinde D. an der Naas hatte eine Kuh den Milzbrand. Der Landmann schlachtete das Vieh und verkaufte das Fleisch zu 15 Cent (30 Pfennige) das niederländische Pfund (gleich 2 Zollpfund). Ungeachtet die Leute von der Sache wußten, wurde dieses Fleisch doch gegessen mit dem unglücklichen Erfolge, daß Alle, die davon genossen, von der Krankheit befallen wurden und Viele bereits auf eine bejammernswürdige Weise Theile von ihrem Körper verloren haben. Die Sache wird gerichtlich untersucht.

Halberstadt, 28. Juli. [Wislicenus.] Der bisherige Prediger der hiesigen freien Gemeinde, A. Tim. Wislicenus, hat seine Gemeinde verlassen und sich nach Weimar zurückgezogen.

Röln, 31. Juli. [Se. R. H. der Prinz von Preußen] traf gestern Abend 10 1/2 Uhr hier ein und wurde an der Bandstelle des Dampfbootes von den daselbst barrenden Spigen der Civil- und Militärbehörden ehrfurchtsvoll empfangen und begrüßt. Se. R. Hoheit begab sich alsbald zu Wagen nach Deuz, übernachtete daselbst im Hotel Bellevue und benutzte heute Vormittags den um 9 1/2 Uhr abgehenden Kurierzug der rheinischen Eisenbahn zur Fortsetzung der Reise nach Ostende. (Wir haben die Ankunft Sr. R. Hoheit in Ostende schon gestern gemeldet. D. R.)

Röln, 1. August. [Die zehnte Generalversammlung des katholischen Vereins Deutschlands] soll bekanntlich hier in Röln, und zwar am 6., 7., 8. und 9. Septbr., abgehalten werden. In Bezug hierauf hat das Präsidium des jetzigen Vorortes nachstehende Einladung ergehen lassen: „Im vollen Vertrauen auf die großherzige Gesinnung Sr. Maj. des Königs von Preußen hatte die 9. Generalversammlung des katholischen Vereins Deutschlands wieder den Beschluß gefaßt, für das Jahr 1858 die ehrwürdige Metropole Röln als Ort der X. Generalversammlung zu wählen. Es wurde daher eine Adresse an Se. Maj. den König von Preußen gerichtet, um die allergnädigste Bewilligung der Abhaltung der X. Generalversammlung in Röln zu erwirken, welche nach einem Erlasse des k. preussischen Ministeriums vom 20. Mai d. J. baldmöglichst gewährt wurde. Das löbliche Komitee für die Generalversammlung in Röln hat diese erfreuliche Zusicherung am 31. Mai dem Vororte mitgeteilt und die Versicherung beigefügt, Alles aufzubieten zu wollen, daß die X. Generalversammlung für die katholischen Interessenten segensvoll werde. Die Kunde hiervon ward in Deutschland und Oesterreich mit freudiger Aklamation begrüßt; denn erfüllt wird die lange genährte und mehrfach ausgesprochene Sehnsucht, in Röln zu tagen, in der ehrwürdigen Metropole, die durch den Glanz historischer Erinnerungen, durch ein reges kirchliches Leben, durch ausgezeichnete Denkmale christlicher Kunst und einen der herrlichsten Dome hervortritt. Mit innigster Freude läßt daher der Vorort an alle katholischen Vereine die Einladung ergehen, die X. Generalversammlung in Röln ja zahlreich zu besuchen, und theilt nun das nachfolgende Programm mit, unter der Bemerkung, daß die Anträge mindestens acht Tage vor der Eröffnung der Versammlung an das Komitee für die Generalversammlung in Röln eingekandt werden sollen. So leben wir denn der freudigen Hoffnung, daß die X. Generalversammlung unter Gottes Schutze sowohl durch die Freuquen der Teilnehmer, als durch die Behandlung wichtiger Gegenstände reichlichen Segen bringen werde. Salzburg, den 18. Juli 1858. Für den Vorort: Dr. W. Vienaicher, Präses. Baron v. Stillfried-Ratinecz, Sekretär.

Das hieselbst zusammengetretene Komitee zur Vorbereitung der genannten Generalversammlung ist schon seit einiger Zeit in Thätigkeit und hat folgendes Programm aufgestellt: Sonntag, 5. Sept.: Anmeldung und Aufnahme der Abgeordneten und sonstigen Teilnehmer, Vormittags von 11—1 Uhr und Nachmittags von 3—7 Uhr, im „Hof von Brabant“. Am 7. Uhr Abends in demselben lokale Vorversammlung zur gegenseitigen Begrüßung. Montag, 6. Sept.: Morgens 8 Uhr feierlicher Gottesdienst im Dome. Um 10 Uhr erste besondere Versammlung der Mitglieder, in welcher die Wahl des Präsidenten, Vizepräsidenten und der Ausschüsse in bisheriger Weise, so wie die Bestellung der Sekretäre vom Herrn Präsidenten geschehen wird. Nachmittags 3 Uhr wird die zweite besondere Versammlung der Mitglieder, Abends 7 Uhr die erste allgemeine Versammlung abgehalten werden. Dienstag, 7. Sept., und an jedem der beiden folgenden Tage werden ebenfalls Sitzungen der Abtheilungen, eine oder zwei besondere und eine allgemeine Versammlung stattfinden. Zeit und Ort bleiben näherer Bestimmung vorbehalten. Donnerstag, 9. Sept.: Um 2 Uhr Nachmittags gemeinschaftliches Mittagmahl. Zum Zweck gemeinsamer Beschäftigung der Merkwürdigkeiten hiesiger Stadt wird besondere Anordnung getroffen werden.

Oestreich. Wien, 1. August. [Gemeinsch. Gen.] Auf eine Eingabe der evangelischen Gemeinden Oestreichs-Schlesiens hat das Ministerium des Kultus durch eine nicht unwichtige Interpretation zu dem Theil des Konkordats geantwortet, welcher von den gemischten Gen handelt. Während nämlich der Inhalt eines päpstlichen Erlasses vom Jahr 1841 in Bezug auf Ungarn durch das Konkordat ausdrücklich sanktionirt wird, die katholischen Geistlichen somit nach wie vor, in Fällen, wo Brautleute gemischter Konfession die vom Konkordat vorgeschriebenen Bedingungen (päpstliche Dispensation oder Ausstellung eines Reverses bezüglich der Religion der Kinder) nicht erfüllen, doch die passive Assistenz nicht verweigern dürfen, ist eine Verfügung gleichen In-

halts für die Länder Schlesten und Galizien nicht mit angezogen. Dies ist nun nachträglich geschehen, indem das Ministerium des Kultus dem Konfistorium der Augsb. Konfession unter dem 12. April die Mittheilung macht: „Der katholische Klerus des östreichischen Antheils der Breslauer Diözese sei angewiesen, den Ehemählern gemischter Konfession, von denen die Garantie der Seiten der katholischen Kirche vorgeschriebenen Kaufeten nicht gegeben werden will, hinsichtlich der Leistung der passiven Assistenz kein Hinderniß in den Weg zu stellen.“ Gleichzeitig wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Evangelischen ihrerseits bei solchen Gelegenheiten alles vermeiden werden, was bei Katholiken gerechten Anstoß erregen könnte.

Hannover, 31. Juli. [Schiffahrt; Verurtheilung.] Augenblicklich verweilen hier Deputationen von Bremer Schiffahrten, welche über die Versandung der Weser bei Drakenburg Beschwerde führen wollen. Auch der preussische Regierungspräsident Peters aus Minden soll zu diesem Zwecke hier angelangt sein. Aus Hameln laufen ebenfalls Klagen ein, daß der Wasserstand der Weser täglich geringer werde, so daß die Dampfschiffe noch nicht gewagt haben, ihre Fahrten wieder aufzunehmen. — In Hildesheim ereignete es sich bei Gelegenheit der auf dem Domhose stattfindenden Frohnleichnamsprozession, daß ein eifriger Katholik einem zuschauenden Lutheraner die Mütze vom Kopfe schlug, als er nicht freiwillig vor der Prozession das Haupt entblöste. Das Polizeigericht hat darin eine Injurie erkannt und den Katholiken zu einer Geldbuße verurtheilt. (W. 3.)

Sachsen. Dresden, 1. August. [Ueberschwemmung.] Das „Dr. Journ.“ berichtet telegraphisch aus Zwickau, 31. Juli, 10 Uhr Vormittags. In Folge anhaltender, seit Mittwoch früh in hiesiger Gegend und im Obergebirge gefallener Regengüsse ist die Mulde seit vergangener Nacht um 5 Ellen gestiegen. Alle Niederungen der Umgegend stehen unter Wasser, ebenso die niedrig gelegenen Stadtheile. Der Stadtrath läßt eben Rähne in die am meisten bedrängten Gegenden schaffen. Aus Gubenstock treffen traurige Nachrichten über das Wachsen des Hochwassers ein, daher befürchtet man auch hier weiteres Steigen der Mulde. — Vormittags 11 Uhr. Das Wasser strömt in einzelnen Bächen bereits bis vor auf den Markt. In Bockwa befürchtet man das Eindringen des Wassers in die Kohlenhöhlen. — Ferner aus Chemnitz, 31. Juli, Nachmittags 3 1/2 Uhr. Auch hier haben die letzten Regengüsse ein plötzliches Steigen der Gewässer zur Folge gehabt. Nur noch 18 Zoll fehlen, so hätte das Hochwasser den Stand vom 9. Juli 1854, wo es die Straßen der Stadt theilweise zwei Ellen hoch überfluthete, wieder erreicht. Die Klostervorstadt, die Rochlitzer, Annaberger und Zwickauer Straße sind vom Wasser bedeckt. Die „VSB.“ fügt hinzu: Leider fehlt es fast gänzlich an Rettungsmitteln, und hatte man in Glauchau, wo der von mehr als 3000 Menschen bewohnte Wehrdiggelstenthoch unter Wasser steht, schon gestern früh den Verlust von Menschenleben zu beklagen. Wie das „Dr. J.“ meldet, treffen sowohl Behörden, wie Privatleute, in Dresden Anstalten, Hülfe zu schaffen, und ist heute um 12 Uhr Mittags der erste Extrazug mit 7 Rähnen abgegangen, während zwei Stunden später ein Zug Pontoniers mit 6 Schaluppen nachfolgen sollte.

Dresden, 1. August, Mittags 12 Uhr. [Ueber die Wasserenth.] ist noch Folgendes mitzutheilen: Hier regnet es seit mehreren Tagen fast ohne Unterbrechung; der Wasserstand der Elbe ist seit gestern Mittag um 10 Zoll, der der Weißeritz dagegen bereits mehrere Ellen gestiegen. Der Pegel an der alten Elbbrücke zeigt eine Wasserhöhe von 1 Elle 15 Zoll unter dem Nullpunkte. — Aus Zwickau kommt noch folgendes tel. Depesche: Zwickau, 1. August, Vormittags 10 Uhr. Das Wasser ist seit heute Morgen 2 Uhr im Fallen. Der größte Theil von Zwickau hat unter Wasser gestanden und ist auch jetzt noch nicht frei. Nähere Nachrichten von auswärts fehlen noch. Das Unglück ist jedoch gewiß von großem Umfange.

Nach einer andern Depesche aus Glauchau ist auch in Chemnitz, Zwickau und Leipzig nicht ein Rahn für Glauchau zu schaffen gewesen. Menschenleben, meldet man aus Glauchau, gehen verloren; Häuser sind eingeführt. Holzstücke haben sich als zur Rettung ungenügend erwiesen. Kanzeibirektor Neumann hat sich wegen Herbeischaffung von Rettungsmitteln nach Dresden an das Ministerium des Innern gewendet, desgleichen der Stadtrath zu Glauchau wegen Beschaffung von Rähnen und Mannschaft an Schwimmmeister Gasse hieselbst. Auf Veranlassung des Ministeriums des Innern ist vom Kriegsministerium auf das schnellste Veranlassung getroffen worden, einen Offizier, mehrere Unteroffiziere und 24 Mann der Pionier- und Pontonnier-Abtheilung mit 6 Schaluppen per Extrazug von hier über Leipzig und Gößnitz nach Glauchau abzusenden. Telegraphisch sind von hier aus die Anmeldungen der Extrazüge bereits vorausgeschickt und wegen schnellster Weiterbeförderung die nöthigen Anträge gestellt worden.

Württemberg. Stuttgart, 31. Juli. [Die Universität und die Lehrfreiheit.] Die Erlangung der Universität Erlangen mit 108,000 fl. wurde neulich in der zweiten Kammer beraten. Staatsrath v. Müllern geht nach einigen Berechnungen auf den Verlust der Geschichte über; so wenig er bei anderen Fakultäten auf den Unterschied der Konfession Werth lege, um so mehr müsse er darauf bringen, daß der Lehrstuhl für Geschichte auch einem Katholiken eingeräumt werde, weil es gar nicht möglich sei, einzelne Theile der Geschichte anders als vom konfessionellen Standpunkte vorzutragen. In Bonn und Breslau, den beiden anderen päpstlichen Universitäten, sei dies längst eingeführt. Wohl schildert die frühere ärmlische Dotation der Universität; im Interesse der Ehre des Landes sollte man mit der Unterstützung hinausgehen. Die Gehälter müßten hoch genug sein, um auch die Gelehrtesten des Auslandes berufen zu können. Wenn er nicht irre, so habe der Senat in seiner Mehrheit sich darüber ausgesprochen, daß eine Bestreife der Geschichte an die Konfession des Betreffenden geknüpft werden solle (abgesehen von dem Konvikte), und in dieser Ansicht habe der Senat vollkommen Recht gehabt. Es komme nur auf wissenschaftliche Tüchtigkeit an. Den ganzen Grundlag, daß der konfessionelle Standpunkt bei dem Vortrage der Geschichte maßgebend sein solle, halte er für unrichtig und unwissenschaftlich. Er komme aber auf einen anderen viel wichtigeren Punkt, welcher hier zur Sprache gebracht werden müsse. Nach der Konvention mit der römischen Kurie könne der Bischof den Lehrern an der katholischen Fakultät die Sendung entziehen, ihre Bestimmung abfordern, nach ihrem Glaubensbekenntnis forschen u. dgl. Diese Bestimmung entziehe den Lehrern der katholischen Fakultät jede wissenschaftliche Freiheit, mache sie zu Beibeigenen der römischen Kurie, und nach altem deutschem Rechte sei ein Freier nicht neben Beibeigenen gesessen. Er sei geneigt, nun auf die protestantische Fakultät überzugehen, weil dieser etwas ganz Ähnliches von dem Konfistorium drohe. Das Konfistorium und die Synode hätten zwar in ihrem Entwurfe mit kluger Dialektik für die protestantische Kirche die Befreiheit vorangestellt; aber plötzlich komme die Synode mit einer kleinen Schwärzung von Weiß in Schwarz, indem sie finde, daß das kirchliche Bekenntnis nicht in dem „Aether der freien Spekulation“ bewegen dürfe, und zu dem Schlusse komme, daß das Bekenntnis auf kirchlichem Gebiete von einem unbeschränkt freien zu einem beschränkt freien werden müsse, daß das Konfistorium gegen einen Lehrer ein Veto einlegen dürfe, daß das Gutachten des Konfistoriums über einen anzustellenden Lehrer zu hören sei, daß gegen einen „fribolen“ Lehrer das Konfistorium einschreiten befugt sei u. dgl. Die Glaubensansichten seien verschieden und wechselnd; wenn man das Konfistorium über die Lehrer der Wissenschaft stelle, so sei es klar, daß

man das Konfistorium zum Rehergericht über die theologische Fakultät stelle. Kanler v. Gerber macht auf die eigenthümliche Stellung der Lehrer auf päpstlichen Universitäten aufmerksam; das Bekenntnis in der katholischen Fakultät sei zugleich eine kirchliche Funktion; die Konvention habe dies nur noch schärfer formulirt. Prälat v. Mehring: Die Kirchenbehörden haben das Recht und die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die in den Dienst der Kirche Eintretenden sich die Lehren der Kirche aneignen und sie nicht destruire. Es sei weit entfernt, daß die Kirchenbehörde die Vorschriften in den Lehrstellen machen wolle, aber ein negatives Veto müsse sie beanspruchen. Seine Ansichten stehen denen Müllers diametral entgegen; die Art und Weise aber, wie Mühl die Fragen der Kirche zur Sprache bringe, könne der Sache der Kirche nicht schaden, wohl aber dem Ansehen der Repräsentanten bei denjenigen, die noch auf christlichem Boden stehen. Varnbüler stellt den Antrag auf Verwilligung der vom Senat verlangten Summe von 113,462 fl. v. Müllern will sich auf die Stellung der beiden theologischen Fakultäten nicht näher einlassen. Was jedoch die Befreiheit betreffe, so sei dieselbe auch als Verbrauchgabe zu fassen. Die Richtung und Geistesbewegung in beiden Kirchen sei übrigens nichts vom Staate Gemachtes, sondern entwickle sich nach inneren Gesetzen. Mühl gegen v. Mehring: Er verlange nichts Anderes, als daß die Kirche und die Kirchengenossen ihre Freiheit befestigen und nicht an hierarchische Uebergriffe hingeben sollen. Wenn man sich der Sache der evangelischen Freiheit annehme, so werde man der Repräsentation wohl keinen Schaden bringen. Die jetzige orthodoxe Richtung beabsichtige die Wissenschaft und die Gemeinden zu knechten und sich dadurch, daß sie die Professoren in ihren Kreis ziehe, die Gewalt für alle Zeiten zu sichern. Die Hierarchie wolle sich einen Thron bauen, dem sich selbst der Regent beugen müsse. Die Synode habe für das Konfistorium sogar den Ausdruck „oberbischöflich“ in Anspruch genommen. Seit wann denn das Konfistorium oberbischöflich sei! Oberbischöflich sei der König. Schließlich wurde der Antrag des Herrn v. Varnbüler, der Regierung 113,462 fl. für die Universität anzubieten, abgelehnt und die Erlangung mit 108,000 fl. verwilligt.

Bremen, 31. Juli. [Das Dampfschiff „Bremen“] des Norddeutschen Lloyd ist nach einer ganz außerordentlich raschen Fahrt von seiner ersten Reise nach Newport zurückgekehrt. Es hat letztern Hafen am 17. Juli um Mittag verlassen und war am 30. Juli Morgens 8 Uhr auf der Weser. Das Dampfschiff „Bremen“ hat somit die Reise, nach Abrechnung der Zeitdifferenz, in 12 Tagen 5 Stunden zurückgelegt, und einen bedeutenden Vorprung vor den Schiffen gewonnen, die mit ihm zu ungefähr gleicher Zeit von Newport abgingen. Die „Vorussia“ brauchte allein bis Cowes 12 Tage 19 Stunden, die „City of Washington“, ebenfalls am 17. Juli von Newport gefegelt, erreichte Liverpool am 29. Juli. (W. 3.)

Frankfurt a. M., 1. Aug. [Der holsteinische Antrag.] Nachstehendes ist der Wortlaut des in der letzten Bundestagssitzung bezüglich der holsteinischen Angelegenheit gestellten Antrages der vereinigten Ausschüsse: „Hohe Bundesversammlung wolle beschließen: I. der königlich dänischen, herzoglich holstein- und lauenburgischen Regierung zu erklären, daß die Mittheilung vom 15. Juli d. J. als eine hinlängliche Erfüllung des Bundesbeschlusses vom 20. Mai l. J. und der bundesrechtlichen Pflichten, auf welchen dieser, nebst dem Beschlusse vom 11. Februar d. J. beruht, nicht angesehen werden könne; II. die königlich herzogliche Regierung demnach auf Grund des Artikels III. der Exekutionsordnung vom 3. August 1820 aufzufordern, binnen einer Frist von drei Wochen 1) sich darüber näher zu erklären, ob mit dem Verfassungsgesetze für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der dänischen Monarchie vom 2. Oktober 1855 gleichzeitig die königlichen Befehlsmachungen vom 16. Oktober 1855, die Errichtung eines Ministeriums für die gemeinschaftlichen inneren Angelegenheiten der Monarchie, und vom 23. Juni 1856, eine nähere Bestimmung der besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein betreffend, so wie die §§. 1—6 der Verordnung vom 11. Juni 1854, die Verfassung des Herzogthums Holstein betreffend, für gedachtes Herzogthum und beziehungsweise für das Herzogthum Lauenburg außer Wirksamkeit treten; 2) durch das Organ der vereinigten Ausschüsse, deren vertraulicher Sitzung der Herr Bundestagsgeandte der königlich herzoglichen Regierung zu diesem Behufe anzuwohnen eingeladen wird, der Bundesversammlung solche Mittheilungen machen zu lassen, welche dem Beschlusse vom 20. Mai l. J. Ziffer 1 entsprechen, und die Ausführung der Beschlüsse vom 11. und 25. Februar l. J. sicherstellen; III. die vereinigten Ausschüsse zur Entgegennahme und sofortigen Prüfung der zu erwartenden Mittheilungen des königlich dänischen Herrn Bundestagsgeandten für Holstein und Lauenburg zu ermächtigen und IV. diesen Herrn Gesandten zu ersuchen, vorstehenden Beschlusse zur Kenntniß seiner höchsten Regierung zu bringen.“ — Der Ausschussbericht bemerkt dazu noch: „Ein Mitglied des für die Verfassungsangelegenheit der Herzogtümer Holstein und Lauenburg niedergelegten Ausschusses war zwar damit einverstanden, daß die weitere Behandlung der Sache an die Exekutionskommission übergehe, konnte sich dagegen mit der Fassung des Vortrages und mit der daraus sich ergebenden Würdigung der Erklärung des königlich dänischen Herrn Gesandten für Holstein und Lauenburg vom 15. Juli l. J. nicht vereinigen, indem nach seiner Auffassung in dieser Erklärung weder ein Zugeständniß, noch ein Schritt zur Erfüllung der in der Mitte liegenden Bundesbeschlüsse wahrzunehmen sei. Der Dringlichkeit der Sache wegen, und da dem betreffenden Herrn Gesandten unbenommen ist, seine Separatansticht hoher Versammlung jederzeit darzulegen, nahm indessen die Mehrheit des am 29. Oktober v. J. niedergesetzten Ausschusses Anstand, auf die beantragte Aussetzung der Vortragsertattung für acht Tage einzugehen, und eben so frag die Exekutionskommission Bedenken, mit Stellung ihrer Anträge länger zurückzuhalten. (R. 3.)

Holstein. Heide, 31. Juli. [Sturmfluth.] Ueber die Wirkungen der letzten Sturmfluth auf unsere Deiche geben die „S. R.“ folgende Einzelheiten. An der Eider haben in der Nähe von Destermoor und bei der Hollingstedter Schleuse zwei große Durchbrüche stattgefunden, indem an diesen Stellen der Rajedeich mit 8 Fuß Höhe spurlos verschwunden ist, ebenfalls ist Süderstapel gegenüber der halbe Deichdamm fortgerissen. Diese Durchbrüche haben die schönen Grasländerereien um Destermoor, Bergenwörden und Horst, so wie auf dem ganzen Velder Koog, unter Wasser gelegt und zwar Salzwasser, da bei Sturmfluthen nur solches eindringt. Weiter stromaufwärts bei der Pahlener Nordermarsch haben auch zwei Durchbrüche stattgefunden und diese mit dem Ballener Kooge unter Wasser gelegt. Die zuerst genannten Brüche sind mittelst Dämme vor dem weitem Eindringen des Eiderwassers vorläufig gestoppt, und ist es mit fleißiger Anwendung der Schleusen bereits gelungen, den Wasserstand um etwa 1 1/2 Fuß zu verringern. Diese verschiedenen Inundationen haben den Glasländerereien großen Schaden gethan, namentlich auch das Wasser in den dort befindlichen Viehtränken auf lange Zeit ungenießbar gemacht. Zur Ausreißung der Grasländerereien bleibt wohl nur übrig, dieselben nach dem Abflusse des Salzwassers mehrmals mit süßem Eiderwasser zu inundiren. Erfreulicher Weise wird behauptet, daß das Vieh auf dem Aufendeiche gerettet worden ist. Dagegen sollen große Massen Heu verloren gegangen sein, indem dasselbe theils weggeschwemmt, theils, wo es in Diemen fand, verloren ist. Die weiter stromaufwärts gelegenen Eiderdeiche im Kirchspiele Lunden und die Seeerde bei Büsum haben etwas, aber nicht stark gelitten. Der neue Hebdigenkoogs-Som-

meistlich ist nur an einigen Stellen beschädigt, hat sich jedoch im Ganzen tüchtig behauptet. Von den 123 Stationen sind nur 7 von je 10 Ruthenlängen tödtlich und nur an einer Stelle bei der Schleiße hat der Durchbruch stattgefunden. Aus Büsum wird berichtet, daß die dortigen Berger Tag und Nacht mit dem Bergen von Gütern und Schiffstrümmern beschäftigt sind.

Rassau. Wiesbaden, 31. Juli. [Rassau'sche Polizei.] Bei der am 24. zu Ehren des Geburtsfestes des Herzogs stattgehabten Parade ist es vorgekommen, daß der König von Holland welcher in Zivilkleidung dem Schauspiel zusah, von einem der zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Zurückhaltung der Zuschauer aufgestellten Gendarmen in eben nicht höflicher Weise zum Zurücktreten aufgefordert wurde; es ist selbstverständlich, daß der hohe Herr dieser Aufforderung bereitwillig Folge leistete. In früheren Zeiten war die Grobheit der hiesigen niederen Polizeibedienten und Gendarmen bei solcher Gelegenheit stereotyp und sprichwörtlich; in neuerer Zeit ist durch den Einfluß der oberen Polizeistelle ein höflicheres Benehmen dieser Bedienten gegen das Publikum Sitte geworden; es wäre wünschenswert, wenn es an einem Platz wie Wiesbaden, wo so viele Fremde verkehren, dabei bliebe und so Vorkommnisse dieser Art vermieden würden.

Großbritannien und Irland.

London, 31. Juli. [Parlament.] In der gestrigen Oberhaus-Sitzung fragt Lord Wodehouse die Regierung nach ihren Absichten in Bezug auf die Herstellung einer Telegraphenverbindung mit Indien. Der Earl von Donoughmore entgegnet, er sei außer Stande, dem Hause spezielle Mittheilungen zu machen, die dem Parlamente nicht bereits vorgelegt worden seien. Es sei ohne Zweifel wünschenswert, so viele Telegraphenlinien wie möglich anzulegen. Fürs Erste komme es aber darauf an, überhaupt eine Linie zu haben, und es frage sich nur, welche in der kürzesten Zeit fertig werden könne. Wenn die östliche Linie von Kagula nach Alexandria vollständig sei, so werde eine telegraphische Verbindung zwischen London und Suva bestehen, da letzterer Ort bereits mit Alexandria durch den Telegraphen verbunden sei. Leider sei es der englischen Regierung noch nicht gelungen, mit der österreichischen ein Abkommen zu treffen, indem man sich über gewisse streitige Punkte bis jetzt nicht habe einigen können. Die Herstellung der Telegraphenverbindung zwischen Konstantinopel und Bagdad werde eine engl. Gesellschaft übernehmen, welche die Konzession von Seiten der ottomanischen Regierung erhalten habe. Auch habe ihr die Pforte ihre Unterstützung in Aussicht gestellt. Einzelne Theile der Linie würden allerdings vielleicht den Angriffen feindlicher Araber ausgesetzt sein. Doch glaube er, daß zwischen Konstantinopel und Mossul nichts der Art zu befürchten sei. Die gefährliche Strecke liege zwischen Mossul und Bagdad. Von Bagdad aus wolle man den Telegraphen im Birkette nach Wasorah und von da durch den persischen Meerbusen nach Kurastah führen. Er sei keineswegs gläubig, daß die Route durch den persischen Meerbusen der über das Rothe Meer vorzuziehen sei. Außerdem jehde die Regierung noch ein anderes Projekt in Erwägung, nämlich, ein unterseeisches Kabel aus von der Südküste Englands nach Gibraltar, von da nach Malta und von dort nach Alexandria zu legen. Doch lasse sich dessen sofortige Ausführung nicht erwarten. Lord Stratford de Redcliffe hebt hervor, daß es wünschenswert sei, ebensoviel eine Telegraphenverbindung über das Rothe Meer, wie über den persischen Meerbusen zu haben. Lord Stanley von Alderley meint, man werde wohl daran thun, wenn die Leitung des transatlantischen Telegraphen abwärts verlegt würde, und der „Agamemnon“ sei seiner Rückkehr noch eine hinlängliche Quantität Kabel aus Bord habe, dieses Schiff sofort abzusenden, um einen unterseeischen Telegraphen zwischen Malta und Alexandria zu legen. Es wird hierauf mitgetheilt, daß das Haus der Gemeinen nicht mehr auf seinem Widerstande gegen die Amendements der Lords zur indischen Bill verharre, jedoch deren Amendements zur Gehegesebill mißbillige. Das Haus beschließt hierauf, seine Amendements zu der lezten indischen Maßregel fallen zu lassen.

In der Unterhaus-Sitzung giebt als eine Frage Wilson's in Bezug auf die Telegraphenverbindung mit Indien Dierack ähnliche Erklärungen ab, wie der Earl von Donoughmore im Oberhause. Eine Frage Vernon Smith's erwidert, sagt Lord Stanley: Was die Stärke der europäischen Streitkräfte in Indien betreffe, so betrage, den letzten Berichten zufolge, die Zahl der königl. Truppen mit Einschluß von 7000 Kranken und von 11,000 unterwegs befindlichen Soldaten 78,000 Mann. Ziehe man diese 7000 und unterwegs befindlichen 60,000 Mann als den Bestand der kampffähigen königl. Truppen in Indien. Die Zahl der Europäer in Diensten der Kompanie liege bei 15,800. Dieses mache also im Ganzen, die Kranken abgerechnet, 86,000—87,000 Mann europäischer Truppen. Er halte es für zweckmäßig, daß den Bewohnern Hindostans die Uebertragung der Regierungsgewalt in feierlicher Weise verkündigt werde. Die Stellung der Regierung zu der Religion der Eingeborenen anlangend, verleihe er eine Stelle aus einer von Lord Ellenborough nach Indien gesandten Depesche, in welcher gesagt wird, die Regierung müsse in Bezug auf die Religion eine strenge Neutralität beobachten. Er für seine Person theile diese Ansicht vollkommen. Bei Gelegenheit der feierlichen Verkündigung vom Erlöschen der Regierungsgewalt der ostindischen Kompanie werde man also den Eingeborenen die Versicherung zu ertheilen haben, daß der Wechsel der Regierungsgewalt keinerlei störende Einmischung in die religiösen Ansichten und Bräuche der Landesbewohner zur Folge haben werde. Spooner findet den in Bezug auf die Religion gebrauchten Ausdruck „strenge Neutralität“ anstößig und unklar. Noebels hebt nochmals hervor, wie gefährlich Befehrsverluste seien, die von Personen in amtlicher Stellung ausgingen. Es werden hierauf die Motive in Erwägung gezogen, durch welche die Lords ihr Festhalten an ihren Amendements zur indischen Bill begründeten. Nach längerer Debatte beschließt das Haus der Gemeinen, sich mit den Amendements des Oberhauses einverstanden zu erklären.

[Tagesnotizen.] Der Besuch der Königin in Leeds ist nun bestimmt auf den 6. September anberaumt. Die Königin übernachtet daselbst in Woodside-House, dem Landhause des Marquis, und reist am folgenden Tage nach Balmoral weiter. — Im Ministerrath, der gestern Nachmittag stattfand, ist die Prorogationsrede des Parlaments entworfen worden, und heute begeben sich Lord Derby, Lord Walmesbury, Lord Salisbury und Herr Disraeli mit noch anderen ihrer Kollegen nach Osborne, um die Genehmigung der Monarchin einzuholen. — Prinz Albert hat sich gestern mit der Yacht „Victoria and Albert“ nach Portland begeben, um die dortigen Hofarbeiten zu beaufsichtigen. Nabe am Ankerplatz dieser Yacht lagen gestern am 60 Privatjachten, die am 6. August bei Tagesanbruch von den Needes (Zinsel Wighi) eine Wettsfahrt bis Cherbourg machen werden. Sie gebären sämtlich dem königlichen Yachtclub an, zu dessen Mitgliedern auch Kaiser Napoleon gehört. Preis des Siegers ist ein vom Kaiser geschenkter goldener Bokal. — Der Herzog von Malakoff trifft Dienstag Nachmittag in Portsmouth ein, und ihm zu Ehren giebt Lord Lyons am Abend ein Bankett an Bord des „Royal Albert“. Es sind dazu die Lords der Admiralität und die Kapitane der Flotte, im Ganzen 26 Personen, geladen. — Der sardinische Gesandte, Marquis d'Ugello, tritt heute eine zweimonatliche Urlaubsfahrt über Paris nach Italien an. — Die norwegische Korvette „Gilda“, von 10 Kanonen, ist gestern Abend von Frederiksbaeren in Sneerup eingelaufen. Sie macht mit 27 Seeladeten an Bord eine Uebungsfahrt, wird 8—10 Tage in der Themsis bleiben, und dann wieder heimwärts fahren. — Die Generalkommandantur veröffentlicht eine neue Vorchrift, nach welcher Fähnrichs, die zu Lieutenants, und Lieutenants, die zu Kapitänen avanciren sollen, Prüfungen über den praktischen Dienst im Regimente abzulegen haben.

[Wom Rap] ist der Postdampfer „Norman“ mit Nachrichten vom 4. Juli angekommen. Das Parlament hatte die Exekutive ermächtigt, einen Eisenbahn in der Inselhai zu bauen, und in mehreren Häfen sollen Leuchttürme errichtet werden. Die Grenzpolizei ist sehr vermehrt worden. Der französische Konful erludte den Gouverneur, für die von den Freistaat-Boers angegriffenen französischen Missionare einzuschreiten. In Port Elizabeth wurde eine Feuerbrunst für 80,000 Pf. St. Schaden angerichtet. In Bezug auf die Kaffern herrschte an der Grenze vollkommene Stille, und man erwartete einen günstigen Ausgang zwischen dem Präsidenten des Freistaates und dem Waiuto-Häuptling Mosek, zwischen denen Sir George mit gutem Erfolg vermittelte. Andererseits hört man, daß die Kaffern, die in letzter Zeit von den Kolonisten in Dienst genommen wurden, rasch nach einander davon gehen. Das Hamburger Schiff „Gafar de Godeffroy“ war mit

380 deutschen Auswanderern (nach Britisch-Kafferland) angekommen. Morgen wird es gerade zwanzig Jahre, daß England seine Schwarzen auf den westindischen Inseln und seinen übrigen Kolonien von der Sklaverei befreit hat. 800,000 Neger wurden an jenem denkwürdigen Tage emanzipirt.

Frankreich.

Paris, 31. Juli. [Algerische Verhältnisse.] Der „Moniteur“ bringt einen Bericht des Ministers für Algerien und die Kolonien, (er ist unterzeichnet: „Der Prinz, beauftragt mit dem Ministerium Algeriens und der Kolonien, Napoleon [Jerome]“), worin die Regelung der Verhältnisse zwischen dem neuen Ministerium und denen der Ministerien des Krieges und der Marine auseinandergesetzt ist. Der General-Gouverneur wird auf den Vorschlag des Prinzen-Ministers ernannt werden und nur mit diesem korrespondiren, ausgenommen in rein militärischen Angelegenheiten. Das amtliche Blatt bringt ferner ein kaiserliches Dekret, wodurch die ganze Rechtspflege in Algerien unter gewissen Beschränkungen dem Ministerium des Prinzen zugewiesen wird. Der „Moniteur“ bringt noch mehrere Berichte und Dekrete, wodurch Herr Jöppfel zum Direktor der Civil-Angelegenheiten Algeriens an Stelle des Generals Daumas ernannt, die Anlegung einer Ortschaft von 72 Feuerstellen, Bir-Rabalou, 19 Kilometer von Kumale, auf dem Wege nach Algier, in der Provinz Dran der Bau einer Ortschaft, Ain-Beda, von 40 Feuerstellen und bei Mas-kara einer anderen (Perregaur) von 128 Feuerstellen angeordnet wird.

[Aus der dreizehnten Sitzung der Konferenz.] die heute stattgefunden hat, erzählt der „Nord“, daß man sich Anfangs mit der Donauschiffahrts-Frage beschäftigten wollte, von diesem Plane aber wegen der vorgerückten Zeit, es war nämlich drei Uhr Nachmittags, als die Konferenz zusammentrat, Abstand nahm, um wahrscheinlich in der nächsten Sitzung mit dieser Frage sich zu beschäftigen. Wie die „Indep. Belge“ wissen will, wird die Konferenz nun wahrscheinlich vierzehn Tage ihre Sitzungen aussetzen, da die Mehrzahl der Mitglieder, auch Graf Haysfeld und Herr v. Gähler, den Festlichkeiten in Cherbourg beiwohnen werden, und überdies, wie schon früher angedeutet, die Donauschiffahrts-Frage Vorverhandlungen zwischen Wien und den Donauuferstaaten nöthig macht, um die Unterzeichner der Konvention von dem, was die Konferenz verlangt, Mittheilung zu geben.

[Ueber den neuen Zusammenstoß der Türken und Montenegro.] bringt die „Patrie“ eine Depesche aus Skutari vom 27. Juli, nach welcher die Türken von Podgorizza und Nisa am 24. Juli die Glinizza, welche als Grenzschleide zwischen Albanen und Montenegro dient, überschritten. Als die Montenegriner der Nahia Lichanska so in ihrem eigenen Lande angegriffen wurden, haben sie sich bis an den Fuß der Berge zurückgezogen. Sie hatten 8 Tode und 40 Verwundete. Am 25. haben die türkischen Truppen in Gherboun die Dorf Veri angegriffen; die Piperi sind ebenfalls angegriffen worden. Fürst Danilo scheint entschlossen, sich auf der Defensiv zu halten; er hat jedoch trotzdem Truppen abschieken müssen, um die Türken aus seinem Lande zu treiben. Es erhellt aus diesem Berichte allerdings, daß die Türken angegriffen haben, allein es scheint, daß Frankreich sich mit den von der Türkei darüber gegebenen Erklärungen begnügt, und die Ohnmacht der hohen Pforte berücksichtigt.

[Erhöhung der Pfarrgehälter.] Der Unterrichts- und Kultusminister richtet folgenden Vortrag an den Kaiser: „Ew. Majestät beschäftigte sich häufig mit jener so zahlreichen Klasse der Pfarrgeistlichkeit, welche unter dem bescheidenen Namen von Deservant (Cooperator) der Religion und dem Lande täglich die wichtigsten Dienste leistet. 1849 konnte man nach dem Aller eine Besoldungserhöhung herstellen, welche es möglich machte, die dringendsten Bedürfnisse zu erleichtern. Aber durch diese wohlwollende Maßregel wurde die Lage der Geistlichen unter 50 Jahren, welche bei einer Besoldung von 850 Fr. blieben, nicht verbessert. Und dennoch sollte man nicht vergessen, daß in den meisten Landgemeinden die sog. kasuellen Einnahmen fast Null sind, und daß die Pastoren dieser kleinen Pfarreien, um das Glend erleichtern zu können, welches an ihre Thür klopft, den Zehnten der Armen von ihrem geringen Einkommen nehmen müssen. Sie hätten gewünscht, Stre, schon jetzt dem gesammten Klerus ein genügendes Auskommen sichern zu können, aber die Zahl selbst der zu gering besoldeten Geistlichen, die Lasten des Budgets, äußerst dringende Bedürfnisse zwangen Ew. Majestät zu Ihrem lebhaftesten Bedauern, die Verwirklichung eines Ihrer theuersten Wünsche noch hinauszuschieben. In der Unmöglichkeit, schon jetzt für alle Deservants das zu thun, was Ihre großmüthigen Gesinnungen forderten, wollten Sie wenigstens das Interesse bezeugen, welches Sie für diese würdigen Geistlichen empfinden. Der gesetzgebende Körper trat diesem Gedanken bereitwillig bei, und eine Summe von 856,400 Fr. wurde auf das Budget von 1859 eingeschrieben, um die Besoldung der Deservants, welche noch nicht 50 Jahr alt sind, auf 900 Fr. zu erhöhen. Um die Verwendung dieses Kredits zu reguliren, habe ich die Ehre, folgendes Dekret zu unterbreiten.“ (Folgt das von uns schon früher erwähnte Dekret, wonach die Besoldung der Deservants, welche durch Dekret vom 11. Prairial Jahr 12, auf 500 Fr. festgesetzt war und sodann successive auf 600 (1816), 700 (1817), 750 (1818), 800 (1830), 850 (1849) vermehrt wurde, auf 900 Fr. erhöht wird.)

[Ueber die Dscheddah-Angelegenheit.] bringt der „Moniteur“ an der Spitze seines nichtamtlichen Theils folgenden Artikel: „Die Regierung des Kaisers und Ihre britische Majestät haben sich mit der Pforte in Betreff der Maßregeln verständigt, die zu ergreifen sind, um eine Genugthuung zu erlangen, welche die Frevler in Dscheddah erheischen. Das Betragen der ottomanischen Behörden am Abend des 15. Juni wird der Gegenstand einer strengen Untersuchung sein; alle Schuldigen, welches Ranges sie sein mögen, werden die verdiente Strafe erleiden; Entschädigungen, zu leisten von der Stadt, deren Bewohner Theilnehmer an diesem abscheulichen Ereignisse gewesen sind, werden allen Denen bewilligt werden, welche an Leib oder Gut zu leiden hatten. Ein unmittelbar vom Sultan ausgegangener Befehl, mit seiner Unterschrift versehen, ist an den General-Gouverneur von Yemen gerichtet und schreibt ihm vor, die Schuldigen aufzufuchen und auf der Stelle zu bestrafen ohne Berufung auf Konstantinopel. Dieser Ferman wird von einem General überbracht, der selbst mit außerordentlichen Vollmachten ausgerüstet ist. Französische und englische Kommissare werden nach Dscheddah geschickt werden, um in Uebereinstimmung mit der Pforte darüber zu wachen, daß alle Maßregeln, die zwischen der ottomanischen Regierung und den Höfen von Paris und London vereinbart sind, vollständig zur Ausführung kommen. Man kann daher versichert sein, daß die Genugthuung eine solche sein wird, wie sie das Völkerrecht, die Civilisation und die Humanität nach so beklagenswerthen Unthun erheischen. Die Dampfschiffe „Duchayla“ geht von Toulon ab, um sich nach Dscheddah zu begeben, um in Uebereinstimmung mit den Kriegsschiffen Ihrer britischen Majestät den Kommissarien und ebenso dem Beauftragten der ottomanischen Regierung Beistand zu leisten. Ew. Majestät der Sultan, den Schritten der Botschaft zuvorkommend, hat sich bereit, ihnen

die Beiräthnis zu bezeugen, die er persönlich über die Ereignisse in Dscheddah empfand, und Mahmud Pascha, der ad interim mit dem Ministerium des Auswärtigen beauftragt ist, drückt sich, indem er die ersten Maßregeln der türkischen Regierung ankündigt, folgendermaßen aus:

„Hohe Pforte, 17. Juli 1858. Mein Herr Botschafter! Mit tiefem Bedauern hat die Regierung von dem verrätherischen Treubruche gehört, der gegen die Konfuln und Konsulate von Frankreich und England begangen worden ist, so wie von der Ermordung einer Zahl Personen, die keine Muselmänner sind. Die hohe Pforte wollte keinen Augenblick verlieren, um die Glenden, welche diesen Verrath begangen und diese treulosen Pläne gegen die Agenten dieser beiden hohen Mächte ins Werk gesetzt und so viele Menschen niedergemetzelt haben, mit einer furchtbaren Strafe zu treffen, und Se. Majestät hat so eben einen Ferman erlassen, der den Generalgouverneur von Dscheddah ermächtigt, eine Untersuchung anzustellen, die Urheber dieses Aufstandes, die Auftrüher, welche ihr Verbrechen eingestanden haben, und die, deren Schuld erkannt ist, verhaften und auf der Stelle hinrichten zu lassen. Der Generalleutnant Ismail Pascha ist beauftragt, diesen kaiserlichen Befehl so schnell wie möglich nach Dscheddah zu überbringen und dessen schnelle Ausführung in Uebereinstimmung mit dem Generalgouverneur zu sichern. Zu gleicher Zeit ist ein Staatsdampfschiff diesem General zur Verfügung gestellt; es wird ihn morgen an Bord nehmen und seinem Bestimmungsorte zuführen. Obgleich es nicht durchaus nöthig ist, hat ein Trabe als Vorfristmaßregel angeordnet, daß neue Truppen, sowohl aus Hauptstadt als aus Egypten, abgesandt werden. Indem ich Sie, mein Herr Botschafter, von den schleunigen Maßregeln in Kenntniß setze, welche die Regierung sogleich ergreifen hat, bin ich durch einen Befehl Sr. Majestät beauftragt, Ew. Excellenz die tiefe Mißbilligung und das schmerzliche Bedauern auszudrücken, welches diese beklagenswerthen Ereignisse Sr. Majestät verursachen. Ich ergreife die Gelegenheit zc. Mahmud Hedim.“

[Französische Kapitäne in englischen Häfen.] Der „Mon. de la Flotte“ enthält die Republikation eines Briefes, der auch im „Courrier de Havre“ veröffentlicht wurde. Derselbe behandelt die Frage, in welcher sich ein französischer Seekapitän in einem englischen Hafen gegenüber dem Gewohnheitsrecht befindet. Es wird in dem Brief behauptet, daß der Kapitän für die von seiner Mannschaft am Lande gemachten Schandeb, auch nach ihrer Flucht von Bord, persönlich haftbar ist, und auf einfachen Antrag des Gläubigers verhaftet werden könne, wobei derselbe im „anklängigen“ Schuldgefängnis Liverpool 125 Fr. tägliche Kosten zu zahlen habe; ferner daß die englischen Behörden, trotz des Vertrages vom 25. Juni 1854 nur dann auf von Bord desertirte Matrosen fremder Schiffe lassen, wenn der Kapitän sie als Diebe und nicht als Deserteure verfolgen läßt; endlich wird gesagt, daß namentlich in Liverpool förmliche Gesellschaften systematisch durch Verpredigungen oder gewaltsame Wegführungen im Lande oder nach Belaubung durch narzotische Substanzen die Matrosen fremder Schiffe entführen und sie an Bord englischer und französischer Schiffe bringen, um die Mannschaft für dieselbe zu vervollständigen; daß diese so gepredigten Matrosen denn nöthigenfalls mit der Pistole zur Dienstleistung gezwungen und meist sehr schlecht behandelt werden. Außerdem wird über die Brutalität der englischen Policemänner geklagt. Die obigen Beschuldigungen werden mit einer Menge Details belegt, die wir durchaus nicht branden wollen; wir erlauben uns nur folgende Bemerkungen. In allen Handelsmarinen wird die Mannschaft auf die ganze Reise geheuert, Engagements in Zwischenhäfen sind nur Ausnahmen. Der Matrose erhält beim Beginn einer Reise einen entsprechenden Vorschuß auf die Hand, der gewöhnlich nicht über $\frac{1}{2}$ der Gage beträgt, die er während der ganzen Reise verdienen würde. Anspruch auf Auszahlung hat er erst nach Vollendung der Fahrt. Ein Matrose, der desertirt, läßt daher seine ganze Gage im Stich, die er nach Abzug jenes Vorschusses zu fordern hat. Er kann ferner ohne Mißbilligung der Mannschaft, und wo der zweite Steuermann oder Bootsmann im Logis schläft, auch nicht ohne Vorwissen eines Offiziers seine Kleiderkiste und sein Bett von Bord schaffen. Auch das muß er bei einer Desertion opfern. Ein Zimmermann oder Segelmacher muß endlich sein Werkzeug in öffentlicher Weise im Stich lassen, wenn er desertiren will; der Kapitän selbst kann zudem bei lockenden Aussichten, die sich wohl besonders für einen Zimmermann bieten, dessen Werkzeugkiste nach unten nehmen, und denselben diese nur nach Bedürfnis der Arbeiten verabfolgen. Der Werth einer gut versehenen Werkzeugkiste (und der Kapitän thut unrecht, wenn er einen Zimmermann heuert, der schlecht versehen ist) so bedeutend, daß ihr Verlust den Zimmermann fast immer an Bord hält, auch wenn man ihm am Land ausserordentlich günstige Anträge macht, wie dies z. B. an der amerikanischen Westküste während der Kaliforniamanie geschah. An Bord eines fremden Schiffes wird ein Zimmermann nie desertiren, denn ohne Werkzeug könnte er nur als Matrose dienen und auf dessen Gage Anspruch machen. Ueberhaupt muß man Desertionen, um am Land zu bleiben, was in den Kolonien in Folge von Verbindung mit Mädchen wohl vorkommt, von denen unterscheiden, um an Bord fremder Schiffe zu gehen. Bei einem tüchtigen Kapitän, der seine Leute nicht gar zu streng behandelt, ist eine Desertion unerhört, weil der Matrose, wie wir oben gesagt, zu viel einbüßt; dagegen giebt es Deserteure von Profession, Pumpen, die nichts haben und nichts sind, schlechte Seeleute, die von Bord zu Bord laufen, die man in einem Hafen aufnimmt mit der Gewißheit, daß sie im zweiten forlaufen, von diesen kann hier nicht die Rede sein. Die Amerikaner zahlen besser als die deutschen Schiffe, das ist wahr, aber trotzdem wird im Allgemeinen ein deutscher Matrose, wenn der Kapitän ihn nicht fast dazu zwingt, selbst nicht nach amerikanischen Schiffen desertiren, von anderen Nationen abgesehen. Deutsche Seeleute sind aber, das wird wohl der „Moniteur de la Flotte“ nicht bestreiten, nächst den dänischen die besten der Welt, ja die Griechen stehen sogar den Dänen voran; nach deutschen Matrosen ist daher immer allgemeines Verlangen. Wir kennen zufällig die Liverpooler Hafenverhältnisse, haben aber über Desertionen deutscher Matrosen nie klagen hören; Ausnahmen kommen selbstredend überall vor. Kommen wir zum Schluß. Nach unserer Erfahrung erklären sich die Desertionen nicht aus den Verlockungen dazu, sondern aus der schlechten Behandlung der Mannschaft an Bord. Ein Kapitän, dem seine Mannschaft desertirt, trägt nach unserer Erfahrung ganz allein die Schuld; wenn also die französischen Handelschiffe in englischen Häfen viel Leute verlieren, so liegt die eigentliche Quelle lediglich in den französischen Kapitänen. Das weiß der „Moniteur de la Flotte“ so gut wie wir; wenn er also solchen Klagen seine Spalten leiht, so müssen ihn besondere Umstände dazu bewegen. (U. Z.)

Belgien.

Brüssel, 31. Juli. [Die Befestigung von Antwerpen.] In der heutigen Kammer-Sitzung fand eine sehr heftige und in jeder Hinsicht beklagenswerthe Scene Statt. Hr. Loos, der Bürgermeister von Antwerpen, entwickelte noch einmal in mehrstündigem Vortrage alle Klagen, alle Beschränkungen dieser Stadt im Falle einer Belagerung, und konnte es sich dabei nicht versagen, mit großer Bitterkeit den königlichen Kommissar, Hrn. General Renard, anzugreifen, der vor zwei Jahren das System der Regierung angegriffen und damals einem Systeme gehuldigt habe, welches den Wünschen und Ansprüchen Antwerpens in weit größerm Maße Genüge geleistet. Zum Schluß beklagte sich Hr. Loos über die wenige Rücksicht, welche das Kabinet in dieser ganzen Angelegenheit der städtischen Verwaltung von Antwerpen bewiesen habe, und erklärte mit Thränen in der Stimme, daß, wenn man ihn für unfähig halte, die Interessen der von ihm verwalteten Stadt zu vertreten, er gern bereit sei, einem Fähigern den Platz zu überlassen. Die Kammer hörte dem Schlusse dieser Rede des ehrenhaften Deputirten von Antwerpen mit wahrhafter Erschütterung zu. Plötzlich sprang Hr. Renard von seinem Platze auf und hielt folgende Ansprache: „Wenn wir unter uns Soldaten diskutieren, so kommt es wohl vor, daß wir uns erhitzen; nie aber werfen wir Einer dem Andern vor, eine Ansicht vertheidigt zu haben, die in Wahrheit niemals die unsre war. Hr. Loos hat das mir gegenüber

so eben gethan; ich habe aber ein zu kitzeliges Ehrgefühl, um mir dergleichen ruhig gefallen zu lassen, und erkläre, daß es eine Lüge ist...

Italien.

Lurin, 30. Juli. [Nicotera; Verhaftung.] Aus Neapel wird gemeldet, daß die Todesstrafe gegen Nicotera und Genossen nicht vollzogen...

Spanien.

Madrid, 30. Juli. [Tel. Dep.] J. M. sind im besten Wohlfühlen in Gijon angekommen. Die Kunstausstellung wird im Monat Oktober eröffnet werden.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 25. Juli. [Explosion.] Bei der gestrigen Probefahrt mit dem neuen Dampfschiffe „Oskarshamn“ explodirte der Kessel und machte das Schiff zum Brack.

Türkei.

Konstantinopel, 24. Juli. [Truppenübungen; Polizeidirektion; Raubmord; Papiergeld u.] Trotz der fürchterlichsten Hitze üben sich die neuen Rekruten und werden so rasch wie möglich in allen Evolutionsen mitten im Staube geübt.

[Lord Stratford.] Dem „Lloyd's“ wird geschrieben: „Man spricht von der bevorstehenden Rückkehr Lord Stratford's, nicht als englischer Gesandter, sondern als geheimer Rath des Sultans.“

Aus Dalmatien, 29. Juli. [Der Konflikt an der montenegrinischen Grenze.] Kemal Effendi, der türkische Pfortenkommissar für die Herzegowina, hat endlich heute über Sutari von Ali Pascha aus Podgorizza direkte amtliche Nachrichten über die Kämpfe seiner an der montenegrinischen Grenze aufgestellten Truppen mit den Czernagorzen erhalten.

Afien.

Bombay, 6. Juli. [Ergänzungen.] Ueber die Zustände und Vorfälle in den einzelnen Distrikten bringen folgende im India House

eingegangene Depeschen das Nähere: Auh. Sir G. Grant griff am 13. Juni einen großen Rebellenhaufen bei Kawabunge, auf der Tuzabadstraße an, und zerprengte ihn nach hartem Kampf, in welchem er 600 Mann tödtete und 6 Kanonen erbeutete; unter den Gefallenen befand sich der Radschah von Airwolee, einer der Anführer der Rebellen.

Amerika.

Newyork, 17. Juli. [Neueste Nachrichten.] Nach einem Berichte aus Washington, welchen der Newyork-Herald mittheilt, ist am 15. d. M. ein außerordentlicher Courier mit Depeschen für den amerikanischen Gesandten, Forsyth, nach Mexiko abgeschickt worden, in welchem es gebilligt wird, daß er seine diplomatische Beziehung zur mexikanischen Regierung abgebrochen hat und in welchen er zugleich instruit wird, die Gesandtschaft zurückzuziehen und nach den Vereinigten Staaten zurückzutreten.

lagerte. Col. Monroe's Abtheilung befand sich unterhalb des südlichen Zaunes des Blatteflusses, und Col. May war noch etwas weiter zurück. Der Gesundheitszustand der Truppen war sehr gut. Die Offiziere in Kearney heilen die Nachricht erhalten haben, daß General Johnston mit seiner Armee in die Salzseebucht eingerückt sei, doch ist dies höchst wahrscheinlich ein Irrthum. (W. B. Z.)

Newyork, 18. Juli. [Revolution in Mexiko.] Ein hier aus der Havannah angekommener Dampfer hat die Nachricht von dem in Mexiko erfolgten Ausbruch einer Revolution gebracht. Die Hauptanführer derselben waren verhaftet und General Panaj war zum Oberbefehlshaber ernannt worden.

[Die größte Brücke der Welt], fünfmal länger als die berühmte Röhrenbrücke über die Menoistraße, wird jetzt über den St. Lorenzstrom in Kanada geschlagen. Sie besteht aus 24 Spannungen von je 242 Fuß, während die Mittelspannung 330 Fuß mißt, somit an und für sich schon eine ganz ansehnliche Brücke vorstellt.

[Das Erdbeben in Mexiko.] Der „Newyork Herald“ enthält eine längere Beschreibung des Erdbebens, von welchem die Stadt Mexiko am 19. Juni heimgesucht worden ist. Wir geben nach der „S. B. S.“ folgenden Auszug: Die Stöße dauerten ungefähr 3 Minuten, obgleich die heftigsten Erschütterungen sich im Zeitraume von 2 Minuten ereigneten.

Der erste Stoß kam von Süd-Südost, und ihm folgten drei aus derselben Richtung, als die Bewegung sich plötzlich nach dem Osten und Westen wandte und vier schwere Schläge verfehlte, denen andere von geringerer Stärke folgten. Das Ereigniß erzeugte in der ganzen Stadt die ungeheuerste Aufregung, und dieselbe dauerte 3-4 Tage in voller Stärke fort. In der ersten Nacht und dem darauf folgenden Tage strömte die Bevölkerung nach den Squares und Hauptplätzen der Stadt. Es herrschte die allgemeine Ueberzeugung, daß das Erdbeben sich 34 Stunden nach seinem ersten Erscheinen wiederholen würde.

Havannah, 9. Juli. [Sklavenschiff.] Die Brigg „G. Berlin“ von Newyork ist im Hafen versenkt worden. Man wußte, daß sie eine Sklavenladung gelandet hatte und ihre Papiere waren auf dem amerikanischen Konsulat zurückgehalten worden.

Bogotá, 12. Juni. [In Betreff des Cas-Herran-Vertrages] ist noch kein Beschluß gefaßt. Die beiden Häuser der Legislatur waren im Zwiespalt darüber. Es war ein Gesetz zur Annahme der Insel Taboga anzulegen und diese, so wie alle anderen zu Neu-Granada gehörenden Inseln, sowohl an dem Atlantischen Meere als an der Südsee, mit Ausnahme der Insel San Andreas, dem auswärtigen Handel zu verschließen; selbst für die Insel Manzanilla, auf welcher Aspinwall erbaut ist, findet keine Ausnahme statt.

Militärzeitung.

Schweden. [Mandver.] Auch in Schweden werden nach dem Vorbilde vieler anderer Staaten in diesem Jahre große Truppenübungen unter dem persönlichen Befehle des Kronprinzen abgehalten werden. Es ist dazu bereits bei Arevala auf der schwedisch-norwegischen Grenze ein Lager aufgeschlagen worden, und soll es in der Abicht liegen, diesen für die Bewegung alter Waffengattungen und für alle denkbaren Gefechtsformen gleich geeigneten Punkt auch fernherhin abjährlich zu dergleichen Übungen zu benutzen.

Portugal. [Armee und Flotte.] Die portugiesische Armee besteht gegenwärtig aus 18 Infanterieregimentern zu je 2 Feld- und 1 Depotbataillon, 9 Bataillonen Jägern zu 6 Feld- und 1 Depotkom- (Fortsetzung in der Beilage.)